

Die Not der Privatangestellten. Während alle Staatsbeamten, einschließlich der Geistlichen und Lehrer, neuerdings wieder eine sehr beträchtliche einmalige Zulage erhielten, ist die Lage der Privatangestellten nach wie vor verzweifelt. Allmählich raffen sich nun aber die großen Verbände auf und suchen ihre Forderungen durchzusetzen, die in anbeacht der Zeiten gerecht und billig sind. So veröffentlicht der Verband der Deutschen Bankbeamten folgenden Aufruf:

Die Not der Zeit lastet bleischwer auf den Angestellten des Bankgewerbes. Solange ein preussischer Minister sich mit einem Gehalte von 36 000 M. begnügen muß, solange hat keine Bankdirektion das Recht, sich auf Kosten der darbenenden Beamtenenschaft das zwanzig- und mehrfache Ministergehalt in die eigene Tasche zu schenken. Diesen harthörigen Herrschaften muß seitens der Beamtenenschaft nachdrücklich klargemacht werden, daß ganz andere Summen erforderlich sind, um der schwer leidenden Angestellten-

schaft aus ihrer Not zu helfen, als die bisher gewährten geringen Almosen. Was als Minimum verlangt werden kann und was die Banken dank ihrer Verdienste auch sehr wohl leisten können, das ist:

1) Ein einmaliger Anschaffungs- und Entschuldigungsbeitrag von 2000 M. für länger als 5 Jahre im Betriebe Tätige (zuzüglich 500 M. plus 200 M. pro Kind für Verheiratete), und 1000 M. für alle anderen Angestellten. Die Kriegsteilnehmer sind entsprechend zu berücksichtigen.

2) Verdoppelung der festen Gehälter.